

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

47 (19.11.1947)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 47

Mannheim, den 19. November 1947

Preis 15 Pfg.

**Auf zum Volkskampf  
gegen Hunger u. Not!**

Statt Brot — Leere Worte  
Statt Hilfe für das Volk —  
Hetze gegen die Kommunisten.

**Schluss damit!**

## Manifest an das deutsche Volk zur Londoner Konferenz

Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Das werktätige deutsche Volk, im Bewußtsein seiner Verpflichtung, sich mit allen seinen Kräften für die wahre Demokratie, für den wirklichen Frieden einzusetzen, erhofft von der Londoner Konferenz der Außenminister eine Verständigung über die grundlegenden Fragen seiner Existenz und die Bedingungen eines Friedensvertrages für ganz Deutschland.

Ein gerechter Frieden wird nur dann möglich sein, wenn der Friedensvertrag mit dem deutschen Volk abgeschlossen wird. Deshalb sollte das deutsche Volk durch eine berufene Vertretung auf der Londoner Konferenz gehört werden. Die SED wendet sich an das gesamte schaffende Volk, den Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern ehrlich und entschlossen zu gehen, und die Einheit Deutschlands zu sichern. Ohne die gründliche Demokratisierung Deutschlands wird die Freiheit und der Frieden für unser Volk nicht gesichert und der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft nicht möglich sein. In ganz Deutschland müssen die Großgrundbesitzer, die aktiven Nazis und Monopol-Kapitalisten und der Faschismus und Militarismus ausgerottet werden. In ganz Deutschland müssen Verwaltung, Wirtschaft und Kulturorganisationen von den Faschisten, Militaristen und imperialistischen Kriegsinteressenten gesäubert werden. Ein Deutschland der Demokratie, ein Deutschland ohne Junker, Monopol-Kapitalisten und Militaristen wird keine Bedrohung mehr für die Sicherheit der anderen Völker sein. Diesem neuen Deutschland kann und muß auch die Möglichkeit einer selbständigen nationalen Existenz gegeben werden.

Die Grundbedingung dazu ist die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Die Einheit Deutschlands wird es unserem Volke erleichtern, seine Wirtschaft neu aufzubauen, die drückende Not zu beseitigen und seine Wiedergutmachungspflicht zu erfüllen. Eine einheitliche und selbständige Demokratie in Deutschland wird auch eine Stütze des Friedens in Europa sein.

Die Zerreißung Deutschlands würde die Schaffung eines ständigen Unruheherdes bedeuten und die Kriegsgefahr erhöhen.

Der erste Schritt zur Beseitigung der Zersplitterung unseres Vaterlandes ist der Volksentscheid für ganz Deutschland. Wir fordern die sofortige Errichtung zentraler deutscher Verwaltungen. Zum Abschluß des Friedensvertrages soll eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden. Ohne umfangreichen Austausch hochwertiger deutscher Fertigwaren gegen ausländische Rohstoffe und Lebensmittel kann sich das deutsche Volk nicht aus eigener Kraft erhalten. Der Aufbau einer leistungsfähigen Friedens-

Industrie für die Deckung des eigenen Bedarfs und für den Export muß deshalb gestattet werden. Die Ueberführung der Betriebe, der Truste, Konzerne, Syndikate und Kartelle in die Hände des Volkes wird eine gesamtdeutsche Wirtschaftsplanung ermöglichen, die es ermöglicht, die Wirtschaft in den Dienst des Volkes und des friedlichen Aufbaues zu stellen. Werden diese grundlegenden Forderungen erfüllt, dann wird das deutsche Volk seine Zukunft in Frieden und Freiheit gestalten können.

Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Die innere und äußere Lage Deutschlands vor der Londoner Außenminister-Konferenz erfordert die äußerste Kraftanstrengung der breitesten Völkermassen im Kampf für den Frieden, für die Demokratie und für die Einheit Deutschlands. Es muß eine starke, gemeinsame Front aller an der Stärkung des Friedens interessierten Volkskräfte geschaffen werden, die den Anschluß an die Kräfte der Demokratie in allen Ländern der Welt sucht. Daher vereinen sich alle demokratischen Kräfte unseres Volkes zur entscheidenden Abwehr der neuen Lügenhetze gegen den Marxismus oder Kommunismus. Diese Hetze hat sich schon einmal unter Hitler und Goebbels als Kreuzzug gegen die Demokratie und als Tarnung verbrecherischer Kriegspläne erwiesen. Diese Hetze droht unser Volk und Vaterland in ein neues Verhängnis zu stürzen.

Alle deutschen demokratischen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen sich zusammenschließen, um vor der Londoner Außenminister-Konferenz die dringendsten Forderungen unseres Volkes zu Gehör zu bringen.

Werktätige Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Von Euch wird es vor allem abhängen, welchen Weg die Entwicklung Deutschlands einschlagen wird. Den Weg zurück zu Imperialismus, Krisen und Krieg, oder vorwärts zur Entfaltung der Demokratie, zu Frieden, Wohlstand und Sozialismus. Werdet Euch Eurer Kraft in diesem Kampf bewußt. Ihr steht nicht allein. Den gleichen Kampf, den das schaffende deutsche Volk um Frieden und Demokratie führt, kämpfen die fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt.

Im Bunde mit ihnen seid Ihr stärker als alle Eure Feinde und Widersacher. Der Sieg wird Euer sein.

Berlin, den 13. November 1947.

Partei Vorstand der SED, gez. Wilhelm Pieck gez. Otto Grotewohl

## Werden die Würfel fallen? / Von Willy Grimm

### Londoner Friedenskonferenz

Die Londoner Konferenz der Außenminister der großen Vier steht unmittelbar bevor. Die auf ihrer Tagesordnung stehenden Probleme sind die gleichen, die im Frühjahr auf der Moskauer Konferenz gestanden haben. Die Hoffnungen einer friedliebenden Welt, insbesondere aber des gequälten werktätigen Volkes in Deutschland, hatten sich damals nicht erfüllt. Die Moskauer Konferenz konnte die Probleme, deren Lösung ihr zur Aufgabe gestellt war, nicht zum Abschluß bringen. Der Zustand zwischen Krieg und Frieden hat kein Ende gefunden. Die Aufgaben sind also dieselben geblieben, die Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich sind zu schaffen. Auf der Tagung der Außenminister der großen Vier finden wir deshalb wieder all die Fragen, die für Deutschland Schicksalsfragen sind. Wieder geht es um die Reparationen, um die Grenzen, um die staatliche Struktur und die Einheit Deutschlands. Die Lebensfragen des deutschen Volkes sind der beherrschende Gegenstand dieser Konferenz.

### Wird endlich

### ein Friedensvertrag geschaffen?

Das werktätige Volk in Deutschland ist an enttäuschten Hoffnungen ebenso reich, wie es reich ist an grenzenlosem Elend und kaum noch vorzustellender Not. Läßt die bevorstehende Londoner Konferenz der großen Vier Raum für neue Hoffnungen? Wird endlich ein Friedensvertrag geschaffen? Werden schwebende Fragen endlich ihre Lösung finden und Ungewißheit und Lähmung aus Deutschland und Europa verbannt? Höchste Zeit wäre es! Die Notwendigkeit dafür scheint unerbittlich zu sein. Und doch: Die Sehnsucht von hunderten Millionen Menschen ist in größter Gefahr, keine Erfüllung zu finden.

### Monopol- gegen Vo'ksinteresse

Die Anzeichen, die wir in der Welt- und Presse finden, geben ein düsteres Bild

und verraten, daß genügend Kräfte am Werke sind, die ein Scheitern dieser neuerlichen Friedenskonferenz wünschen. In der internationalen Politik sind Wünsche nicht einfach Wünsche. Wer wünscht, arbeitet für die Erfüllung seiner Wünsche. Die Völker wünschen kein Scheitern der Friedenskonferenz; aber die Linien der Politik kapitalistischer Staaten werden nicht von den Völkern, sondern im wesentlichen von den Kräften des Finanz-

### Wieder die Schatten der Truman-Doktrin

Die Schatten, die auf die Londoner Außenministerkonferenz fallen, sind nicht weniger dunkel, als es die gewesen sind, die die Moskauer Konferenz im Frühjahr umgaben. Es war die Verkündung der Truman-Doktrin, des uneingeschränkten Weltherrschaftsanspruches der USA, die die Frage des Friedens mit Deutschland unter dem Aspekt des gewalttätig aufgerissenen Gegensatzes zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen Kapitalismus und Sozialismus stellte. Es ging nicht einfach mehr um den Friedens-

### Enttäuschte Hoffnungen noch und noch

Das Potsdamer Abkommen besteht weiter. Was es dem deutschen Volke geben sollte, ist nicht realisiert worden. Deutschland wurde nicht als wirtschaftliche Einheit behandelt. Deutschland bekam keine Zentralverwaltungen. Dafür wurde mehr und mehr die Zonengrenze zwischen Ost- und Westdeutschland, ursprünglich einfache Besatzungsgrenze, zum Schnittpunkt des Gegensatzes aller deutschen und internationalen Interessen. Aus einer Besatzungsabgrenzung wurde ein Trennungsschnitt mitten durch Deutschland. Die Bizone erlebte Auferstehung. Der bizonale Wirtschaftsrat wurde geschaffen; der Industriepan verkündet. Er gab uns theoretische Ziffern, die uns praktisch nichts bringen konnten. Enttäuschte Hoffnungen noch und noch, denn die Demontagen in den Westzonen sind, wie vielfach erwartet

und Monopolkapitals bestimmt. Deren Interessen kennen nicht das Ziel, Qual und Leid von der Menschheit zu nehmen. Für diese sind Existenzfragen eines Volkes und von Völkern keine brennenden Fragen. Sie bewegt und bestimmt allein Sicherung und Vergrößerung ihres Profits. Blut und Tränen der Menschheit sind dem Finanz- und Monopolkapital die Voraussetzung, die Drachensaat ihres Profitstrebens gedeihen zu lassen.

vertrag mit Deutschland. Mit der Verkündung der Truman-Doktrin ging es darum, mit der Sowjetunion den Sozialismus in der Welt auf die Knie zu zwingen. Die Erreichung dieses Zieles hätte völkerrechtlich das Außerkräften setzen der internationalen Abkommen von Jalta und Potsdam bedeutet. Das ist auf der Moskauer Konferenz im Frühjahr nicht gelungen. Die Konferenz blieb für die USA ergebnislos und deshalb ohne Friedensvertrag für Deutschland.

### Marshallplan ist keine Rettung

Ueber den Marshall-Plan ist in Deutschland und in der Welt viel orakelt worden. Ist er ein Plan, ist er keiner? So viel steht jedenfalls fest: Er ist die Zusammenfassung aller politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Operationen der USA in Europa, die der Verwirklichung der Truman-Doktrin dienen. Es gab in Deutschland genügend am Geiste arme Politiker, die bei der Verkündung dessen, was man Marshall-Plan nannte, besorgt

waren, weil Deutschland in ihm zunächst nicht aufgeführt wurde. Sie hatten nicht begriffen, daß auch ohne Nennung Deutschlands die Westzonen das Kernstück der Politik des Marshall-Planes ausmachten. Sie hatten nur die äußere Dekoration des Marshall-Planes gesehen, die ihn als „Europahilfe“ darstellte, Hilfe für die europäischen Teilnehmerstaaten am Marshall-Plan, ja soweit in dieser Hilfe die Hilfe für die USA selber und die Verwirklichung ihrer eigenen Zielsetzung liegt. Und für Deutschland? Marshall-Plan, um Amerika mit die Mittel der Hilfe und der wirtschaftlichen Beherrschung der Teilnehmerstaaten am Marshall-Plan in Europa in die Hand zu geben. Die Westzonen Deutschlands, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, sind damit überhaupt der gravierende Bestandteil des Marshall-Planes.

### Rechnungen, die nie aufgehen

Das am Boden liegende Europa, wie auch die Vereinigten Staaten werden mit dem Marshall-Plan der erneuten Weltwirtschaftskrise nicht entkommen. Was die Marshall-Politik der USA bestenfalls erreicht, wird darin bestehen, daß die horig gewordenen europäischen Teilnehmerstaaten vor den USA dem vernichtenden Strudel der Krise ausgesetzt sein werden. Den USA selber wird es damit nicht gelingen, sich selbst davor zu bewahren. In den Weltwirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte ist die amerikanische Produktion jeweils in einem Ausmaße abgesunken, daß nichts berechtigt zu erwarten, daß auch die bisher genannte Höchstziffer der Marshall-Hilfe einen genügenden und ausgleichschaffenden Export zulassen wird. In den Jahren der Weltwirtschaftskrisen war die amerikanische Produktion 1920 um 23 Prozent, 1929 um 46 und 1932 um 36 Prozent gefallen. Zur Zeit erreicht die Jahresproduktion in den USA die Höhe von 200 Milliarden Dollar. Ein Sinken von auch nur 20 Prozent bedeutet einen Ausfall von 40 Milliarden (Fortsetzung auf Seite 2)

## Werden die Würfel fallen? (Fortsetzung von Seite 1)

Dollar im Jahr. Das ist immerhin eine Ziffer, an der gemessen die höchstgenannten des Marshall-Planes kläglich erscheinen. Die Weltwirtschaftskrise wird aller Marshall-Planziffern spotten. Es gibt eben keine kapitalistische Wirtschaft, in der es sich planen läßt. Es gibt keine Mittel, die, ohne den Boden des Kapitalismus zu verlassen, seine Gesetze aufheben. Man hätte in

Paris noch länger beraten können, und man kann in Washington noch länger berechnen: Dem Marshall-Plan fehlt der Ansatz, der die Rechnung aufgehen läßt. Es gibt nur eine Rettung gegen die verheerenden Auswirkungen des Kapitalismus, das ist seine Ueberwindung. Der Marshall-Plan ist das Gegenteil, er soll ihn unter der Vorherrschaft der USA restaurieren.

## Internationale und deutsche Fragen

Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht darauf eingehen, in welchem starkem Maße für die Initiatoren der Marshall-Politik ein inneramerikanisches Problem besteht. Ob die Finanzierung dieser Politik 12 oder 23 Milliarden Dollar — zwischen diesen Ziffern bewegen sich die Erörterungen — beträgt, ist das weniger Entscheidende. Entscheidend aber ist, daß die Summe durch den amerikanischen Steuerzahler aufgebracht werden muß. Wer wird aus den Geldern aber den Nutzen ziehen? Für den kleinen amerikanischen Steuerzahler ist die Beantwortung sicher nicht schwer. Er weiß, daß bei finanziellen Transaktionen die Wallstreet-Magnaten die Gewinne einstreichen. Die endgültige Entscheidung über die Finanzierung dieser Politik muß deshalb auf die Zeit nach der Präsidentenwahl in den USA verschoben werden. Die amerikanische Politik laboriert gegenwärtig daran herum, eine Abschlagszahlung vom Kongreß bewilligt zu bekommen, um weiter operieren und Zeit gewinnen zu können. Wir wollen auch nicht in Breite darauf eingehen, wie die amerikanische Anleihepolitik die Staaten England, Frankreich, Italien in ihr Kielwasser gezwungen hat. Wir wollen uns aber dabei erinnern, daß eben auf dem Wege dieser Politik die Ausdehnung des amerikanischen Einflusses auf die englische Zone in Westdeutschland lag. Die Bizone mit Wirtschaftsrat und allem Drum und Dran sind der sichtbare Ausdruck dafür. Uns sollten diese Schöpfungen Garantie der Ueberwindung der Nöte erschreckenden Ausmaßes vom vergangenen Winter sein. Das war nicht der Fall. Wir stehen vor einem Winter, schlimmer als dem vergangenen. Die Industrie hat keine Belebung erfahren. Die wirklichen Produktionsziffern sind nicht merklich

gestiegen. Anstrengungen sind erfolglos, wenn durch einen gesteigerten Export von Rohstoffen die Voraussetzungen an Kohle, Holz usw. fehlen, um vorhandene Produktionskapazität ausnützen zu können. Und was bringen uns diese Exporte ein? Noch nicht einmal die Unkosten, wenn niedrig gehaltene Inlandspreise in Papiermark berechnet werden und wir aber die Lebensmittelfuhren in Dollar zu einem Weltmarktpreis von nie zuvor gekannter Höhe bezahlen müssen. Die beherrschende Streitfrage auf der Moskauer und jetzt wieder auf der Londoner Konferenz, die Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion, unter welchem Gesichtswinkel erscheinen sie dabei? Zahlt Deutschland seine Reparationen aus der laufenden Produktion, dann muß die Industrie irgendwie der Bestimmung des deutschen Volkes unterliegen und in deutschem Besitz sein. Das würde die Politik der kapitalmäßigen Ueberfremdung unserer Industrie ebenso ausschließen, wie ihr ausschließliches Hineinziehen in die Interessen einer beherrschenden Kapitalmacht, wie es durch den Marshall-Plan geschieht. Unterstellt man mit Unrecht, wenn man zu bedenken gibt, daß die kapitalmäßige Ueberfremdung eine nicht auf Touren sich bewegende deutsche Industrie zur Voraussetzung hat? Industriewerke erwerben sich billiger als Konkursmasse, als wenn sie intakt sind. Ergibt sich aus dieser Politik nicht gleichzeitig das Bestreben, aus Zonengrenzen Zerreißungsgrenzen, aus den Westzonen einen westdeutschen Staat, dessen Apparat der Wirtschaftsrat ist, zu machen? Erörterungen dieser Art werden im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz und die Möglichkeit, daß sie scheitern könnte, gepflogen.

## Vernichtende Bilanz der Westzonenpolitik

Was war also die in den Westzonen getätigte Politik in der Richtung des Marshall-Planes anders, als die Schaffung von Tatsachen, die das Potsdamer Abkommen praktisch unterhöhlen und die Friedenskonferenz in London in diesem Sinne vorbestimmen sollten? Die ausgebliebene Entmachtung der Monopolherren und Junker, daß diese nicht zur Verantwortung ihrer Schuld herangezogen, dagegen ein Name nach dem andern dieser Schichten wieder als Träger entscheidender Schlüsselpositionen auftaucht,

daß wir noch weit entfernt sind von einer wirklichen Bodenreform und der Demokratisierung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens, ist ein teurer Preis, den wir in den Westzonen für diese Politik bisher zahlen mußten. Unsere permanente Ernährungskatastrophe, die Herrschaft des grauen und schwarzen Marktes, der Triumph von Wucherern und Schiebern über das schaffende Volk in Stadt und Land, sind das Unheil, das diese Politik heraufbeschwor.

## Deutsche Notwendigkeiten und ihre Widersacher

Die Besprechung der stellvertretenden Außenminister seit Wochen dient der unmittelbaren Vorbereitung der Londoner Friedenskonferenz. In den Vorschlägen des sowjetischen Delegierten wird unserer Meinung nach das gefordert, was das deutsche Volk nötig hat, um zur Gesundung zu kommen. Deutsche Vertreter sollen danach zu den Beratungen der Friedenskonferenz herangezogen, eine deutsche Regierung noch vor der Festlegung des Friedensvertrages geschaffen werden. Darin bekundet sich der Wille, Deutschland die wirtschaftliche und politische Einheit und einen eigenen Staat zu geben. Wenn von westlicher

Seite entgegen der sowjetischen Auffassung, daß an den Beratungen über den deutschen Friedensvertrag nur die großen Vier und die unmittelbar beteiligten Staaten teilnehmen sollen, die Teilnahme von 55 Nationen an den Beratungen vorgeschlagen wird, dann zeigt dies an, daß und auf welche Weise den klar gestellten Forderungen der Sowjetunion aus dem Wege gegangen werden soll. Der Verhandlungsrahmen der Friedenskonferenz soll so weit gezogen werden — dazu noch die angestrebte Verfahrensweise — daß einer neuerlichen Verschleppungs- und Verzögerungstaktik Tür und Tor geöffnet werden.

## Nicht ideologische, praktische Probleme sind zu lösen

Die von den USA gestartete Propagandaoffensive gegen den Kommunismus ist der eigenartigste, wenn auch der am wenigsten überraschende Beitrag zur Londoner Konferenz. Es sind in der Welt nicht ideologische, sondern praktische Probleme zu lösen. Wer den ernststen Willen hat und sich der Mittel sicher weiß, diese erfolgreich in Angriff nehmen zu können, braucht keine Flucht in ideologische Streitigkeiten. Aber wenn auch schon! Sind die Prinzipien der „Freiheit der Persönlichkeit“, der „Freiheit der Unternehmerinitiative“, von denen vorgegeben wird, daß sie durchzusetzen sind, erst überhaupt noch durchzusetzen? Sie

haben auf dem Banner des Kapitalismus immer gestanden und unter ihrer unbestrittenen ideologischen Herrschaft ist im imperialistischen Stadium des kapitalistischen Wirtschaftssystems das irdische Jammertal, die ewige Hölle wechselnder Kriege und Wirtschaftskrisen Tatsache geworden. Prinzipien, die wahr sind, deren ideologischer Inhalt sich in Uebereinstimmung mit der Praxis befindet, brauchen keine Propaganda, um in der Menschheit bewußt zu werden und wirksam zu sein. Wo mit Propaganda Tatsachen gerechtfertigt werden sollen, ist es faul im Staate Dänemark.

## Entscheidung der CGT gegen den Marshallplan

Französische Gewerkschaften lehnen Marshall-Plan als Hilfe für die großen amerikanischen Kapitalisten ab

Das Nationalkomitee des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) hat sich gegen die Marshallplan-Politik entschieden. Eine entsprechende Entschließung wurde mit 857 gegen 127 Stimmen angenommen. Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Saillant, der bis dahin zusammen mit dem Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, Leon Jouhaux, für den Marshall-Plan eingetreten war, hat sich in dieser Sitzung des Nationalkomitees gegen die amerikanische Politik in Europa

ausgesprochen. „Der Gewerkschaftsbund möge die Fahne des Sozialismus gegen den amerikanischen Imperialismus erheben,“ waren die Worte, mit denen er seine Stellungnahme begründete.

Ganz allgemein war in der Entscheidung vorausgehenden Debatte der Marshall-Plan als „Hilfe für die großen amerikanischen Kapitalisten“ bezeichnet worden. Für oder gegen Marshall-Plan sei die Wahl zwischen amerikanischem Imperialismus und dem Sozialismus.

## Dr. Schumacher maßregelt Paul Löbe

Hexenjagd nicht nur in Amerika, sondern auch in der SPD

Paul Löbe, der Herausgeber des in Berlin erscheinenden „Telegraf“ und früherer Reichstagspräsident, ist durch Beschluß des Parteivorstandes aus dem außenpolitischen Ausschuß der SPD ausgeschlossen worden. Grund dafür war sein Verhalten in der Frage der Schaffung einer deutschen nationalen Repräsentation. Der Pressedienst der SED schreibt dazu u. a.:

„Paul Löbe hat in der Frage der deutschen Einheit eine Haltung im Interesse des deutschen Volkes eingenommen. Die Zerstückelung Deutschlands entspricht amerikanischen Plänen, als deren Vertreter in Deutschland sich Dr. Schumacher hergibt. Die Maßregelung Löbes ist offensichtlich das Werk Schumachers.“

So „ungewöhnlich“, wie diese der „Telegraf“ hinstellen will, ist die Methode, die der SPD-Parteivorstand im

Fall Löbe praktiziert hat, durchaus nicht. Diese Methode ist in Amerika heute gang und gäbe. Die Hexenjagd, die im „Land der Freiheit“ gegen alle jene inszeniert wird, die sich dem reaktionären Kurs des Finanzkapitals entgegenstellen, soll alle Vertreter des Fortschritts und der Demokratie kaltstellen und diffamieren. Der Kurs Dr. Schumachers ist „made in America“. Dr. Schumacher, der die Zerreißung Deutschlands als „fertige Tatsache“ verkündet und für einen Sonderfrieden mit Westdeutschland eintritt, hat die Hexenjagd auch in seiner Partei eröffnet.

Wer die Einheit der Arbeiterklasse als wertvollstes Gut betrachtet, wird aus der SPD ausgeschlossen, wie damals auch der SPD-Innenminister Venedey. Zu diesen und ähnlichen Opfern der Schumacher'schen Hexenjagd gesellt sich nun auch Paul Löbe.“

## Die Gedanken sind frei!

Zum Kreuzzug der Amerikaner gegen den Kommunismus / General Clay glaubt an das USA-System / Das deutsche Volk hat andere Sorgen

Unter großer Aufmerksamkeit der Versammelten sagte der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, auf einer Kundgebung am 7. September in Berlin:

Nach den Bestimmungen des Kontrollrats ist uns eine kritische Stellungnahme zu der Politik der alliierten Besatzungsmächte nicht erlaubt. Nun gut, aber niemand kann uns hindern, aus den Erklärungen und Reden der Vertreter der Besatzungsmächte, die in Deutschland oder in der Welt gehalten werden, uns unseren eigenen Vers zu machen.

Wenn General Clay auf einer Pressekonferenz dem deutschen Volke sagt, die Amerikaner wollten uns auseinandersetzen, warum sie an ihr System glauben, was sie für dieses System tun und warum sie nicht an andere Systeme glauben, wenn er also dem deutschen Volke sagt, „wir werden den Deutschen Grundsätze darlegen, an die wir glauben,“ so ist es zwar für uns

ganz interessant, diese Dinge kennenzulernen, aber es trifft nicht die Sorgen, die das deutsche Volk sich heute über seine eigenen Angelegenheiten machen muß. Wir können uns also aus den Darlegungen des Generals Clay keinen rechten Vers machen. Wir denken dabei eher an den Vers eines alten, schönen deutschen Volksliedes, in dem es heißt: „Mein Wunsch und Begehren kann niemand verwehren. Es bleibt dabei, die Gedanken sind frei!“

## Amerikas Politik . . .

„Selbstverständlich bin ich nicht bereit, von einer fremden Macht einen Auftrag für die deutsche Politik entgegenzunehmen, ebenso selbstverständlich haben die Amerikaner mir eine derartige Zumutung nicht gestellt.“

(Erklärung Dr. Kurt Schumachers im SPD-Pressedienst vom 10. November.)

## ... auf Gedeih und Verderb

In der gleichen Nummer des SPD-Pressedienstes heißt es: „Brückenbau ins Leere!“ „So muß es gesagt werden, daß die Wahl zwischen dem russischen und dem anderen Block die einzige politische Tat ist, die in dieser Zeit Bedeutung hat . . . da wir mit allem, was unser Leben lebenswert machen kann, auf Gedeih und Verderb an Amerika gebunden sind.“

Hier Brücken (zwischen Ost und West) bauen zu wollen, ist ein Versuch um untauglichen Objekt, ein Unternehmen, das einem Stoß ins Leere gleicht.“

## Linksblock in Italien

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens, Togliatti, hatte mit dem Vorsitzenden der Mehrheitssozialisten, Nenni, Besprechungen über das weitere Verhalten beider Parteien zu der christlich-demokratischen Regierung de Gasperis. Wie die Zeitung der sozialistischen Partei, „Avanti“, meldet, haben die Kommunisten den Vorschlag der Sozialisten zur Bildung eines Linksblocks für die Nationalwahlen im März 1947 angenommen.

Unsere verheerende leidvolle Wirklichkeit ist eine kapitalistische Wirklichkeit. Um den Kommunismus und Sozialismus dafür verantwortlich zu machen, dafür braucht man allerdings

die Propaganda und einige Kunstgriffe mehr. Man braucht sie dazu, um die eigene Verantwortung an der grauenvollen Wirklichkeit unserer Gegenwart zu verschleiern.

## Die Kommunistische Partei im Kampf

Wir haben in unserem bescheidenen Ländchen Württemberg-Baden Gemeinderatswahlen. Sie sind kurz angesetzt und durchgepeitscht worden und werden auf der Grundlage des reaktionärsten Wahlgesetzes in Deutschland durchgeführt. Bei den kürzlich in Frankreich stattgefundenen Gemeinderatswahlen hat man sich als Auswirkung der Offensive gegen den Kommunismus das Zerschlagen der Kommunistischen Partei Frankreichs versprochen. Die Kommunistische Partei hat

unerschütterter Stand gehalten, aber eine bürgerlich-christliche Partei ist dabei in Scherben gegangen. Die Kommunistische Partei Württemberg-Badens ist in Deutschland als erste der Propagandaoffensive gegen den Kommunismus ausgesetzt und muß ihre Bewährungsprobe bestehen. Die Bedingungen sind unerhört schwer, aber sie wird diese bestehen. Sie weiß dabei, daß sie für das deutsche Volk und seine Zukunft und für den Sozialismus kämpft.

## Am Ende der Geduld!

### Stürmische Protestversammlung der Mannheimer Betriebsräte

Die von ungefähr 2000 Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten besuchte Betriebsräteversammlung Mannheims im Rosengarten nahm einen stürmischen Verlauf. Ihr vorangegangener war die Forderung aller entscheidenden Mannheimer Betriebe, einen zweistündigen Proteststreik durchzuführen, um den Forderungen der hungernden Bevölkerung auf eine gerechte Lebensmittelversorgung Nachdruck zu verleihen. Insbesondere war es die katastrophale Lage in der Kartoffelzuteilung, die der Ausgangspunkt für die Einberufung der Betriebsräteversammlung gewesen ist. In den Willensbekundungen der Belegschaften war eindeutig zum Ausdruck gekommen, daß ihre Geduld zu Ende ist, sich länger mit einem immer schlimmer werdenden Zustand und mit nur Reden und nur Resolutionen zufrieden zu geben. Einschaltung der Gewerkschaften in das Erfassungs- und Verteilungssystem wird als einzige Voraussetzung empfunden, den offenbaren Ungerechtigkeiten und einer versagenden und auch böswilligen Verwaltungsbürokratie Herr zu werden.

Das war die Situation, in der der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Mannheim, Schweizer, seinen Bericht von der unermüdlichen Tätigkeit der Gewerkschaftsleitung gab, eine Verbesserung der Ernährungslage in Mannheim, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit wenigstens einem Zentner Einkellerungskartoffeln sicherzustellen. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sei es gelungen, in Verhandlungen mit den Instanzen der Länderregierung und selbst des bizonalen Ernährungsamtes die Zuteilung für restlose Lieferung der noch ausstehenden Kartoffeln in den bevorstehenden 14 Tagen zu erreichen. Unverhohlen brachten die Versammelten ihr Mißtrauen gegen Versprechungen zum Ausdruck.

In der äußerst regen Diskussion sprachen alle Vertreter der Betriebe sich dahin aus, daß der zweistündige Proteststreik, den die Belegschaften gefordert hatten, unbedingt durchzuführen sei. Das konkrete Ziel dabei sei das oft genug geforderte und jetzt wieder anscheinend verschleppt werden sollende Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, wie auf dem gesamten Versorgungssektor, durchzusetzen.

Der Vorsitzende des Mannheimer Gewerkschaftskartells zeigte sich in keiner Weise der Situation gewachsen. Sein Bemühen lag einzig darin, eine Entscheidung über den allgemein geforderten Proteststreik von zwei Stunden zu verhindern. Er versuchte dies auf unläutere Art. Es war bezeichnend, daß er zunächst in seiner Rede auf die allgemein gestellte Forderung nicht eingegangen war. Dies beweist keine große Verantwortlichkeit. Es ist den Dingen, die als entscheidende Lebensfragen stehen, nüchtern ins Auge zu sehen.

Er brachte in seinem Schlußwort eine Resolution ein, die durchaus zu unterstreichende Forderungen in der Frage unserer Nahrungsmittelversorgung enthielt. Es waren aber Forderungen, die genau so bereits vor Jahr und Tag gestellt worden sind. Damit kommt das schaffende Volk keinen Schritt weiter, wenn diese Forderungen wieder und wieder zur Abstimmung gestellt werden, ohne daß ein konkreter Weg ihrer Verwirklichung besprochen wird. Die Resolution war nicht zur Debatte gestanden, sondern es wurde einfach nach ihrer Verlesung abgestimmt, wobei ein geschäftsordnungsmäßig gestellter Zusatzantrag, den zweistündigen Proteststreik zur Unterstützung der Forderungen durchzuführen, einfach abgewürgt wurde. Als Begründung gab

der Vorsitzende an, der erste Antrag wäre „weiter gegangen“. Das war eine offensichtliche Vergewaltigung der Tatsachen und auch des Willens der Versammelten. Das konnte mit der nachträglichen Begründung, daß die Versammlung deshalb nicht abstimmungsberechtigt gewesen sei, weil keine Kontrolle zuvor durchgeführt wurde, nicht zurechtgebogen werden. Es mußte von jedem seltsam empfunden werden, daß trotz der mangelnden organisatorischen Vorbereitung der Versammlung sie in der Lage gewesen ist, über den „weitergehenden Antrag“ abzustimmen.

Die Unmöglichkeit all dieser Vorgänge und daß dem Willen der Belegschaften auf diese Weise nicht Rechnung getragen worden war, ist die Voraussetzung für die erneute Betriebsräte- und Delegiertenversammlung der Gewerkschaften am Donnerstag dieser Woche.

## Unter der Lupe

### Gestapomanieren?

Mannheim. Wie uns berichtet wurde, soll am 25. 10. ein junger Mann wegen Diebstahls festgenommen und auf dem 11. Polizei-Revier (Sandhofen) eingeliefert worden sein. Dort mußte derselbe seine Taschen leeren. Dies sei scheinbar dem Polizeianwärter Frötzheim nicht schnell genug gegangen und er habe dem jungen Manne mit der Faust dermaßen ins Gesicht geschlagen, daß er sich selber zwei Finger brach und bis heute noch krank geschrieben sei. Er habe sogar die Frechheit besessen, für den Faustschlag noch eine Zigarette zu verlangen, die er auch aus lauter Angst erhalten habe. Im Verlaufe der Untersuchung habe sich jedoch die Unschuld des Festgenommenen erwiesen.

Noch weitere Beamte dieses Polizei-Reviers sollen an solchen Gestapomethoden Gefallen finden. Sie sollen nämlich damit gebrüstet haben, in nächster Zeit einige Sandhofer Jungens zu provozieren, damit ihnen die Gelegenheit gegeben sei, von ihrem Gummiknüppel Gebrauch zu machen.

Wir bitten die zuständigen Behörden um Mitteilung, ob dieser Vorfall den Tatsachen entspricht, denn für solche Strolche kann in der Mannheimer Polizei, die zum Schutze der Bevölkerung und nicht zur Niederknüttelung derselben eingesetzt ist, kein Raum sein.

### Gestapohenker Fritsch hat Pech

Nur durch einen Zufall erfuhr man in Mannheim von der in Ludwigsburg angesetzten Spruchkammerverhandlung gegen den ehemaligen Gestapo-Obersekretär Fritsch. Ohne das unvorgesehene Dazwischentreten einer Reihe seiner ehemaligen Opfer oder deren Hinterbliebenen wäre es diesem unermüdlichen Spürhund und Folterknecht der Gestapo gelungen, mit einer geringen Strafe davonzukommen.

Fritsch ist jedem Mannheimer Antifaschisten bekannt. Es gibt fast keinen gegen die Nazi-Gegner in Mannheim veranstalteten Prozeß, zu dem er nicht die Unterlagen geliefert hätte. Nicht nur die Häftlinge der nazistischen Gefängnisse und Konzentrationslager, sondern auch deren Angehörige können ein Lied von dem brutalen und zynischen Auftreten dieses Gestaposchergen singen.

Besonders heftig wütete Fritsch gegen die Angehörigen der Lechleiter-Gruppe. Mit Pistolenknau und Schlüsselbund schlug er auf die Angeklagten ein und versuchte Geständnisse von ihnen zu erpressen. Drei Mitglieder dieser Gruppe starben schon in der Voruntersuchung an den Folgen der von Fritsch und seinen Kumpanen erlittenen Mißhandlungen. Weitere 19 Männer und Frauen wurden in den bekannten beiden Lechleiter-Prozessen zu Tode und andere zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Von all diesen Verbrechen hatte die Spruchkammer in Ludwigsburg, welche vergangenen Donnerstag den Henker Fritsch aburteilen sollte, keine Ahnung. Sie hatte nur einen Belastungs- und einen Entlastungszeugen geladen.

Das entschlossene Auftreten der Mannheimer Antifaschisten verhinderte ein erneutes und skandalöses Fehlurteil. Die Verhandlung wurde vertagt, und der Verbrecher Fritsch wird seiner verdienten Strafe nicht entgehen.

## Die Kandidaten der KPD Kandidaten des Volkes!

### Liste der KPD Mannheim zur Stadtratswahl am 7. Dezember 1947

1. Paul Schreck, Gewerkschaftssekretär
2. Anette Langendorf, Sekretärin
3. Ludwig Kober, Schlosser
4. Kurt Weber, Kaufmann
5. Fritz Kamp, Maler
6. Fritz Kunz, Dreher
7. Luise Grimm, Hausfrau
8. Peter Elmuth, Arbeiter
9. Georg Orth, Dreher
10. August Locherer, Müller
11. Richard Stark, Ingenieur
12. Karl Mai, Mechaniker
13. Fritz Schwarz, Maschinenschlosser
14. Alfred Meixner, Schreiner
15. Paula Pohl, Kontoristin
16. Heinrich Umstetter, Oberinspektor
17. Fritz Sohn, Mechaniker
18. Gustav Lauser, Schlosser
19. Gustav Wenz, Maschinenschlosser
20. Gretel Wolf, Hausfrau
21. Otto Dreißig, Maschinenschlosser
22. Ernst Votteler, Handelsvertreter
23. Julie Naumann, Hausfrau
24. Ernst Großmann, Maurermeister

## -Verbrecherische Lebensmittelvernichtung

### Nicht nur in Argentinien und USA — Auch in Deutschland

Im vergangenen Jahr sind durch nicht rechtzeitigen Abtransport, insbesondere durch Frosteinwirkungen, der Ernährung der deutschen Bevölkerung aus deutscher Ernte in Bizonen verloren gegangen:

Kartoffel im Werte v. 18 Mill. Dollar  
Zuckerrüben im Werte v. 3,5 Mill. Dollar  
Getreide im Werte v. 15 Mill. Dollar

Insgesamt verdarben Lebensmittel im Werte von 36,5 Millionen Dollar.

Das ist das deutsche Gegenstück zu der Getreideverbrennung in Argentinien und der Kartoffelvernichtung in USA. Dort vernichten Unmenschen Lebensmittel und erklären ganz offen, aus welchem Grunde, nämlich um den Profit zu sichern. Hier erfolgt dieselbe Vernichtung in passiver Form, indem man die Natur selber als Werkzeug ansetzt, dabei aber die Gründe wohlweislich verhüllt. Es ist derselbe Vorgang. Es ist dasselbe Verbrechen. Und nur mit denselben Mitteln, hier wie dort, kann dem Verbrechen Einhalt geboten werden.

## Hört die KPD

über Radio Stuttgart.

Am Freitag, dem 21. November 1947, um 18.30 Uhr, spricht der Bezirksvorsitzende der KPD Nordbadern, Willy Grimm.

## Hinter dem „Eisernen Vorhang“

### Hoher englischer Geistlicher berichtet die Wahrheit über Osteuropa

Als erste Großlieferung im Rahmen des Marshall-Planes werden in diesen Tagen alle Buchhandlungen und Zeitungskioske mit einer gelben Broschüre mit dem Titel „Hinter dem eisernen Vorhang“ überschwemmt; der von General Clay angekündigte Kreuzzug gegen den Kommunismus hat begonnen. In riesiger Auflage — man sucht bezeichnenderweise vergeblich nach einem Druckvermerk, der die Auflageziffer mehr oder weniger offen aufzeigt — geben vier Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ einen Bericht über Osteuropa. In diesem Zusammenhang verdient eine Meldung des „Daily Worker“ vom 20. Oktober besondere Beachtung, nach welcher ein hoher englischer Geistlicher, der Dekan von Canterbury, soeben von einer neunwöchigen Reise durch Osteuropa nach England zurückgekehrt ist. Er ist tief erfüllt von dem Bedürfnis, den Massen in England und Amerika die Wahrheit über diese Länder zu berichten. Denn — erklärte der Dekan — viele Dinge, die bestimmte Zeitungen über Osteuropa schreiben, entsprechen durchaus nicht den Tatsachen.

Mein Eindruck, den ich überall hatte, war Ruhe und Ordnung. Vor allem fand ich einen gewaltigen Enthusias-

mus vor. Ueberall wurde der Wunsch nach Frieden und Freundschaft mit dem englischen Volke ausgesprochen. Jedoch bestand die furchtbare Sorge, daß Amerika den Krieg plant.

In Jugoslawien fragte ich Marschall Tito, ob es der Wahrheit entspräche, daß das Land von der Sowjetunion dirigiert werde — wie so oft behauptet wird. Mit einem freundlichen Lächeln erwiderte Tito: „Wir sind ein stolzes Volk und lehnen eine Bevormundung — von welcher Seite sie auch kommen mag — strikt ab. Den Aufbau unserer Wirtschaft und unseres Landes führen wir mit eigenen Kräften durch. Wir bewundern und verehren die Sowjetunion und sind ihr zu großem Dank verpflichtet.“

Der Dekan fragte weiter: „Fürchten Sie die Atombombe?“ Worauf Tito genau so antwortete, wie vor einiger Zeit einem amerikanischen Journalisten gegenüber: „Auch wir verfügen über eine Geheimwaffe: die Moral und den Enthusiasmus unseres Volkes.“

(Der Dekan von Canterbury, Hochwürden Hewlett Johnson, ist der Verfasser des Buches „Das sozialistische Sechstel der Erde“, das in Millionenaufgabe in Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gelesen wurde. In diesem Buch schildert der Dekan von Canterbury in hervorragender Weise seine Eindrücke anlässlich einer Reise durch die Sowjetunion. Ein Auszug aus diesem Werk ist in deutscher Sprache unter dem Titel „Die Wahrheit über die Sowjetunion“ erschienen und durch die Volksbuchhandlung Mannheim, S. 3, 10, zu beziehen.)

## Ich glaube an den Triumph der Wahrheit

Von Hochw. Hewlett Johnson, Dekan von Canterbury.

Der Umbruch muß sich auch in England, in Frankreich, in Amerika ereignen. Kein Land darf zurückbleiben. Wenn ein Land vorrückt, müssen die andern folgen, wenn sie nicht unweigerlich zum Niedergang verurteilt sein wollen. Der industrielle Vorsprung Englands rüttelte seinerzeit die ganze Welt auf. Der wunderbare und tiefgehende Umbruch in Rußland wird den Umbruch bei uns und andernorts nach sich ziehen. Es müssen dabei nicht unbedingt dieselben Wege eingeschlagen werden. Wir können, wenn wir das wollen, aus der russischen Erfahrung lernen und die Zerstörung von manch kostbaren Werten vermeiden. Wenn wir mit ehrlichem Herzen und rechtzeitig die notwendigsten und entscheidenden Umänderungen durchführen, werden wir mit friedlichen Mitteln zum selben Ziele gelangen.

Eines ist gewiß: Die Umwälzung wird kommen, und es ist besser, wir führen die notwendigen Änderungen freiwillig durch, weil sie gerechtfertigt sind, als sie unter Zwang zu vollziehen, weil wir nicht anders können. Der von der Moral diktierte Umbruch ist weit davon entfernt, leicht zu sein. Er verlangt starke Seelen und furchtlose Herzen. Er erfordert eine klare Erkenntnis des Zieles und den festen Willen, es zu erreichen.

Wir halten die Fackel des Lebens in unseren Händen. Die, die nach uns kommen werden, sind besser imstande zu urteilen, ob sie heller leuchtet oder sich verdunkelte, ob wir unser Leben verbessert oder verschlechtert haben. Sie werden uns mehr nach unseren Absichten und Anstrengungen beurteilen als nach unseren Verwirklichungen. Wenn es eine moralische Wahrheit in dem großen Experiment gibt, das ich beschrieben habe, so wird es überleben. Wir können es annehmen und so die Genugtuung haben, zu seinem Erfolg beizutragen, oder wir können es ablehnen und dann persönlich Schiffbruch erleiden. Aber in dem Maße, wie es auf der Wahrheit beruht, wird es gelingen.

Ich schließe mit den edlen Worten von Anatole France:

Die Wahrheit hat eine Durchschlagskraft, wie sie weder der Irrtum noch die Lüge kennt. Ich betone: die Wahrheit, und ihr werdet mich verstehen. Denn die wunderbaren Worte Wahrheit und Gerechtigkeit bedürfen keiner Definition, um in ihrem wahren Geiste verstanden zu werden. Sie tragen in sich eine strahlende Schönheit und ein göttliches Licht. Ich glaube fest an den Triumph der Wahrheit: das hält mich aufrecht in diesen Zeiten der Prüfung...“

